

NIE WIEDER!

19 Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen in Frankreich rufen dazu auf, „den Tag danach“ vorzubereiten

Khaled Gaiji, Präsident von Friends of the Earth Frankreich

Aurélie Trouvé, Sprecherin von Attac Frankreich

Philippe Martinez, Generalsekretär der CGT

Nicolas Girod, Sprecher des Bauernverbandes Confédération Paysanne

Benoit Teste, Generalsekretär der FSU

Jean-François Julliard, Geschäftsführer von Greenpeace Frankreich

Cécile Duflot, Geschäftsführerin von Oxfam Frankreich

Eric Beynel, Sprecher der Union syndicale Solidaires

Clémence Dubois, Vorsitzende von 350.org in Frankreich

Pauline Boyer, Sprecherin der Gewaltfreien Aktion COP21

Léa Vavasseur, Sprecherin von Alternatiba

Sylvie Bukhari-de Pontual, Präsidentin des CCFD-Terre Solidaire

Emmanuel Poilane, Präsident des CRID

Jean-Baptiste Eyraud, Sprecher des Droit au Logement

Lisa Badet, Vizepräsidentin von FIDL, Gewerkschaft der Schülerinnen und Schüler

Jeanette Habel, Kopräsidentin der Fondation Copernic

Katia Dubreuil, Präsidentin des Syndicat de la magistrature

Mélanie Luce, Präsidentin der UNEF

Héloïse Moreau, Präsidentin der UNL

„Nie wieder! Wir wollen ‚den Tag danach‘ vorbereiten“: 19 führende Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen, darunter Philippe Martinez (CGT), Aurélie Trouvé (Attac), Jean-François Julliard (Greenpeace) und Cécile Duflot (Oxfam), haben am Freitag, den 27. März 2020, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die auf [franceinfo](https://franceinfo.fr) veröffentlicht wurde.

Diese Organisationen „rufen alle fortschrittlichen und humanistischen Kräfte [...] dazu auf, gemeinsam eine ökologische, feministische und soziale Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik und der neoliberalen Unordnung bricht“.

Durch die Übertragung der Steuerung unserer Gesellschaften in die Hände von Wirtschaftskräften hat der Neoliberalismus die Fähigkeit unserer Staaten, auf Krisen wie die Covid-19-Krise zu reagieren, sehr stark reduziert. Die Coronavirus-Krise, die den gesamten Planeten trifft, offenbart die tiefgreifenden Mängel der neoliberalen Politik. Sie ist ein Funke auf einem Pulverfass, das kurz davor war zu explodieren. Emmanuel Macron fordert in seinen jüngsten Reden „bahnbrechende Entscheidungen“ und „Dienstleistungen [...] außerhalb der Gesetze des Marktes“. Unsere Organisationen, die sich der sozialen und ökologischen Notlage bewusst sind und seit Jahren Alarm schlagen, erwarten nicht Reden, sondern tiefgreifende politische Veränderungen, um auf die unmittelbaren Bedürf-

nisse zu reagieren und die historische Chance zu nutzen, mit dem System aufzuräumen, in Frankreich und in der Welt.

Von nun an müssen alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Pflegekräfte, von denen die überwiegende Mehrheit Frauen sind, umgesetzt werden, und dies muss Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen haben. Nach vielen Jahren anhaltender Reduzierung der Mittel in allen Gesundheitseinrichtungen, einschließlich der öffentlichen Krankenhäuser und Seniorenheime, ist es dringend notwendig, genügend Mittel zur Verfügung zu stellen. Den Mangel an Ausrüstung, Betten und Personal beheben: mehr Betten, Gehaltserhöhung und massive Neueinstellungen, Versorgung mit wirksamer Schutzkleidung und Tests, Kauf der notwendigen Ausrüstung, Beschlagnahme privater medizinischer Einrichtungen und der Unternehmen, die die für die Gesundheit notwendigen Güter herstellen können, Annullierung der Schulden der Krankenhäuser, um ihnen wieder finanzielle Spielräume zu verschaffen. Um die Pandemie einzudämmen, muss die Arbeitswelt ausschließlich für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen mobilisiert werden, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen, alles andere muss unverzüglich gestoppt werden. Der Schutz der Gesundheit und die Sicherheit des Personals müssen gewährleistet sein, und das Rücktrittsrecht (1) der Beschäftigten muss respektiert werden.

Notwendige Maßnahmen im Namen der sozialen Gerechtigkeit

Die finanzielle Antwort der Regierung muss in erster Linie allen Beschäftigten zugutekommen, die sie benötigen, unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich, und sie muss mit Gewerkschaften und Personalvertretungen erörtert werden, anstatt die Gehälter von Managern aufzublähen oder Einzelinteressen zu bedienen. Um eine massive soziale Krise zu vermeiden, die Arbeitslose und Beschäftigte hart treffen würde, müssen bis auf Weiteres alle Entlassungen verboten werden. Die neoliberale Politik hat die sozialen Rechte erheblich geschwächt, und die Regierung darf diese Krise nicht dazu nutzen, noch weiter zu gehen. Das Gesetz zum Gesundheitsnotstand lässt dies aber befürchten.

Je nachdem, ob man mehr oder weniger arm, bereits krank oder nicht krank oder wie alt man ist, unterscheiden sich die Bedingungen der Ausgangsbeschränkungen, die Ansteckungsgefahren, die Möglichkeiten, gut versorgt zu werden. Daher sind zusätzliche Maßnahmen im Namen der sozialen Gerechtigkeit notwendig: Beschlagnahme von leerstehenden Wohnungen für Obdachlose und sehr schlecht untergebrachte Personen, einschließlich derjenigen, die einen Asylantrag gestellt haben, vollständige Wiedereinführung des Wohngelds, Stundung unbezahlter Energie-, Wasser-, Telefon- und Internetrechnungen für die Bedürftigsten. Zum Schutz von Frauen und Kindern, die Opfer von häuslicher Gewalt sind, müssen Nothilfemittel bereitgestellt werden.

Die von der Regierung freigesetzten Mittel zur Unterstützung von Unternehmen müssen vorrangig für Unternehmen in realen Schwierigkeiten eingesetzt werden, insbesondere für freiberuflich Tätige, Soloselbstständige, sehr kleine, kleine und mittlere Unternehmen, deren Rücklagen am geringsten sind. Und um zu verhindern, dass die Beschäftigten zur Anpassungsvariablen werden, müssen die Zahlung von Dividenden und Aktienrückkäufe durch die Unternehmen, die in letzter Zeit ein Rekordniveau erreicht haben, unverzüglich ausgesetzt und mittelfristig reguliert werden.

Aus der Wirtschaftskrise von 2008 wurden zu wenig Lehren gezogen

Starke Maßnahmen können helfen, bevor es zu spät ist, die Finanzmärkte zu entwaffnen: Kapitalkontrollen und ein Verbot der spekulativsten Operationen, eine Steuer auf Finanztransaktionen usw. Ebenso sind eine gesellschaftliche Kontrolle der Banken, eine viel strengere Regulierung ihrer Praktiken oder eine Trennung in Depot- und Geschäftsbanken notwendig.

EZB-Hilfen von sozialer und ökologischer Umgestaltung abhängig machen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat eine weitere Finanzspritze von 750 Milliarden Euro für die Finanzmärkte angekündigt. Die dürfte wieder einmal unwirksam sein. Die EZB und die öffentlichen Banken müssen den Staaten und Kommunen ab sofort direkt Kredite zur Finanzierung ihrer Defizite gewähren, zu den derzeitigen Zinssätzen, die nahe null liegen, was die Spekulation mit der Staatsverschuldung einschränken würde. Die öffentliche Verschuldung wird im Zuge der Coronavirus-Krise stark ansteigen. Sie sollte nicht der Anlass zu Spekulationen auf den Finanzmärkten und zu einer zukünftigen fiskalischen Austeritätspolitik sein, wie es nach 2008 der Fall war.

Um die Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen, ist eine grundlegende Überarbeitung der internationalen Steuervereinbarungen erforderlich, und die Wohlhabendsten sollten durch eine ehrgeizige und progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen zu einem größeren Beitrag veranlasst werden.

Durch diese massiven Eingriffe in die Wirtschaft haben wir die Möglichkeit, die Produktions-, Landwirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungssysteme sehr tiefgreifend neu auszurichten, sie im Hinblick auf die Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung sozial gerechter zu gestalten und sie auf die Wiederherstellung der großen ökologischen Gleichgewichte zu konzentrieren. Die Beihilfen der Zentralbank und die Beihilfen für Unternehmen müssen von deren sozialer und ökologischer Umgestaltung abhängig gemacht werden: Erhaltung der Arbeitsplätze, Verringerung der Lohnunterschiede, Aufstellung eines verbindlichen Plans zur Einhaltung der Pariser Vereinbarungen usw. Denn es geht nicht um die Wiederbelebung einer zutiefst unnachhaltigen Wirtschaft. Es geht darum, Investitionen und die massive Schaffung von Arbeitsplätzen im ökologischen und energetischen Übergang zu unterstützen, Investitionen in die umwelt- und klimaschädlichsten Aktivitäten zurückzunehmen, eine breite Verteilung des Reichtums zu erreichen und eine viel ehrgeizigere Politik der Berufsausbildung und Umschulung zu verfolgen, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer und prekäre Gruppen den Preis dafür zahlen. Ebenso muss die massive finanzielle Unterstützung zu den öffentlichen Diensten umgelenkt werden, deren katastrophaler Zustand durch die Coronavirus-Krise auf grausame Weise offenbar wird: öffentliches Gesundheitswesen, Bildung und öffentliche Forschung, Dienste für pflegebedürftige Personen usw.

Relokalisierung der Produktion

Die Coronavirus-Krise offenbart unsere Verwundbarkeit angesichts der globalisierten Produktionsketten und des eng getakteten internationalen Handels, die dazu führen, dass in einem Notfall grundlegende Güter wie Schutzmasken, lebenswichtige Medikamente usw. nicht zur Verfügung stehen. Krisen wie diese werden sich wiederholen. Die Relokalisierung der Aktivitäten in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich würde eine größere Autonomie gegenüber den internationalen Märkten, die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Produktionsmethoden und die Einleitung eines ökologischen und sozialen Wandels in der Arbeitswelt ermöglichen.

Relokalisierung ist nicht gleichbedeutend mit Abschottung und einem egoistischen Nationalismus. Wir brauchen eine internationale Regulierung, die von multilateralen und demokratischen Gremien erarbeitet wird, auf der Grundlage der Zusammenarbeit und einer Antwort auf die ökologische Krise fußt und mit der neoliberalen Globalisierung und den Hegemoniebestrebungen der mächtigsten Staaten bricht. Unter diesem Gesichtspunkt zeigt die Coronavirus-Krise, wie mangelhaft die internationale Solidarität und Zusammenarbeit sind: Die europäischen Länder waren nicht in der Lage, angesichts der Pandemie eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Innerhalb der Europäischen Union muss zu diesem Zweck ein europäischer Haushalt eingerichtet werden, der viel größer ist als der angekündigte, um den am stärksten betroffenen Regionen in der EU wie auch in anderen Teilen der Welt zu helfen, in Ländern, deren Gesundheitssysteme am anfälligsten sind, insbesondere in Afrika.

Unter strikter Einhaltung der Maßnahmen zur Ausgangsbeschränkung sollen die Bürgerinnen und Bürger von nun an die lokale Solidarität mit den am stärksten Betroffenen entfalten, den Versuch der Regierung vereiteln, Maßnahmen zum Sozialabbau durchzusetzen, und die Behörden zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Antwort auf die Krise drängen.

Nie wieder! Nach Ende der Pandemie werden wir uns die öffentlichen Orte wieder aneignen und unseren „Tag danach“ gestalten. Wir rufen alle fortschrittlichen und humanistischen Kräfte, wir rufen die gesamte Gesellschaft dazu auf, gemeinsam eine ökologische, feministische und soziale Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik und der neoliberalen Unordnung bricht.

(1) Das Rücktrittsrecht erlaubt es dem Arbeitnehmer oder Beamten, seinen Arbeitsplatz zu verlassen oder die Aufnahme einer Beschäftigung ohne Zustimmung des Arbeitgebers zu verweigern.

Sie kann unter zwei Bedingungen ausgeübt werden:

wenn die Arbeitssituation eine ernste und unmittelbare Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit darstellt;

oder wenn er einen Fehler in den Schutzsystemen feststellt.

<https://www.service-public.fr/particuliers/actualites/A13902>